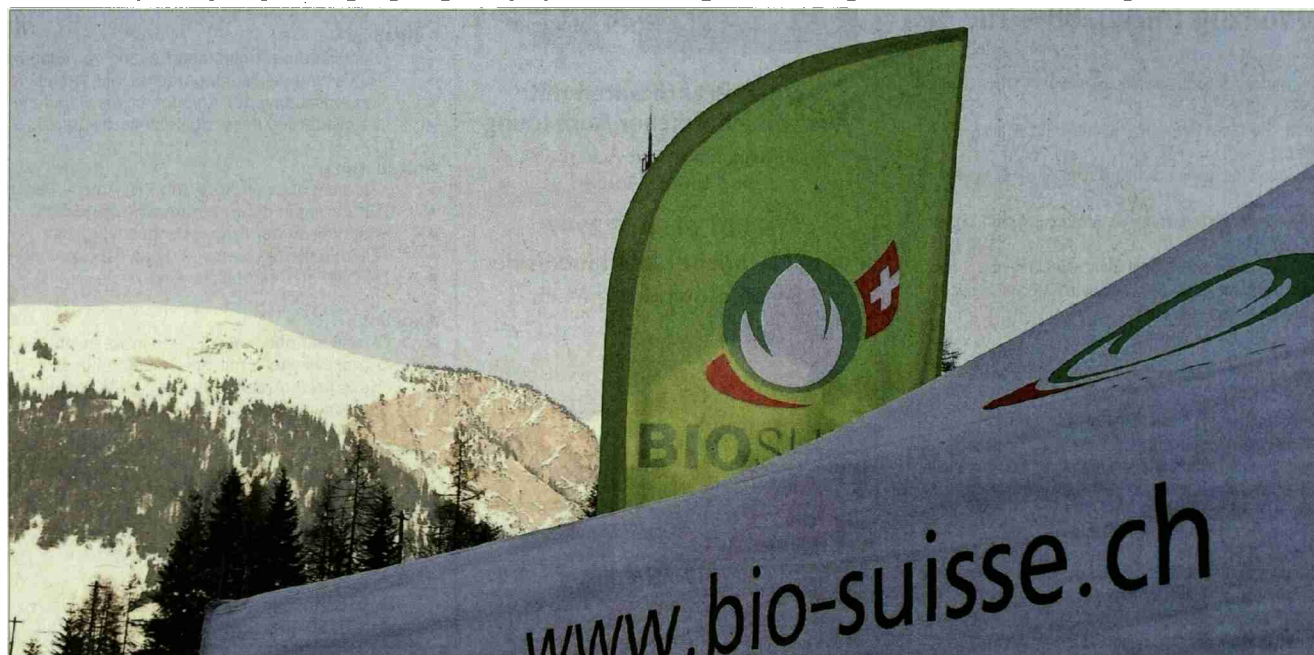




PARLAMENT: Nächste Woche tagt die Wirtschaftskommission des Nationalrates

Bio Suisse will eine AP 2022+



Der Biobauernverband und der Schweizer Bauernverband sind sich bezüglich AP 22+ einmal mehr nicht einig. (Bild: Bio Suisse)

DANIEL SALZMANN

Die Agrarallianz inklusive Bio Suisse will, dass per 2022 ein Reformpaket mit dem Titel «Agrarpolitik 2022+» in Kraft tritt. Bio Suisse will auch einen Gegenvorschlag zur Trinkwasser-Initiative. Der Bauernverband sieht anders.

Während Bauernverbandspräsident und Nationalrat Markus Ritter (CVP, SG) und Landwirt und Nationalrat Toni Brunner (SVP, SG) nächsten Montag in der Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) für eine Verschiebung des Reformpakets AP 2022+ um zwei oder mehr Jahre kämpfen, plädiert der Ausschuss der Agrarallianz für die Beibehaltung des Zeitplans. Er

lehne eine Verschiebung einstimmig ab, hiess es am Dienstag in einer Medienmitteilung.

Handlungsbedarf gegeben

Im Gesamtschau-Bericht vom 1. November 2017 hat es bezüglich AP 2022+ ein sogenanntes Perspektivendreieck. Die Ecken tragen die Titel: «Erfolg auf den Märkten im In- und Ausland», «Natürliche Ressourcen nutzen und schützen» und «Unternehmerische Entfaltung der Betriebe.» Der «Schweizer Bauer» hat Martin Bossard, Co-Präsident der Agrarallianz und Leiter Politik bei Bio Suisse, um einen Kommentar dazu gebeten. Er verweist zuerst auf das Papier «AgroForte 2022+», das die Agrarallianz im Dezember vorgelegt hat und das auch vom Vor-

stand der Bio Suisse unterstützt werde (vgl. die Vision im Kasten). Dieses verlangt eine optimistische, offene und nachhaltige Herangehensweise an die Herausforderungen. Die Mitglieder der Agrarallianz streben gemeinsame, praktikable Lösungen an, die den Betrieben Perspektiven eröffnen und Mut für die Zukunft machen. Zum «Erfolg auf den Märkten» sagt Bossard, dass es der Agrarallianz wie auch Bio Suisse als wichtiges Mitglied vor allem um den Inlandmarkt und die nachhaltige Schweizer Produktion gehe, obwohl ja durchaus Versuche unternommen worden seien, Schweizer Bioprodukte zu exportieren. Das sei im heutigen Kostenumfeld aber schwierig.



Die Agrarallianz will den Spielraum für Profilierung am Schweizer Markt gewährleisten und nachhaltige Produktionssysteme wie IP oder Bio stärken. Zur «Entfaltung der Betriebe» will Bossard die Zusammenarbeit und innovative Projekte in den Wertschöpfungsketten stärken. Die Landwirtschaftsbetriebe sollen mit den Möglichkeiten der Digitalisierung administrativ und punkto Kontrollen entlastet werden. Was den «Schutz der natürlichen Ressourcen» angeht, so erinnert Bossard an den Bericht des Bundesrats auf ein Postulat von Kathrin Bertschy (GLP, BE). Dieser rapportiert, dass seit 2008 kein einziges der Umweltziele für die Schweizer Landwirtschaft erreicht worden ist, da bestehe doch wirklich Handlungsbedarf. Deshalb fragt Bossard rhetorisch: «Wieso damit warten, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen?»

Trinkwasser-Initiative

Wenn die AP 2022+ nicht verschoben wird, könnte sie im Parlament zeitgleich mit der Behandlung der Trinkwasser-Initiative behandelt werden. Der Schweizer Bauernverband

fürchtet das. Bossard sagt: «Der Umgang mit Pflanzenschutzmitteln gehört in die Agrarpolitik. Die Initiative sollte in diesem Kontext behandelt werden.» Die Agrarallianz und auch Bio Suisse haben immer gesagt, dass es mit dem Aktionsplan Pflanzenschutz, so wie er formuliert worden sei, aus ihrer Sicht nicht getan sei. Bossard hat deshalb im Magazin «Bioaktuell» geschrieben: «Frühzeitig muss auch über einen Gegenvorschlag nachgedacht werden, der die guten Absichten der Initianten auch tatsächlich umsetzen kann.» Als Element eines Gegenvorschlags nennt Bossard eine Lenkungsabgabe auf besonders problematische Pestizide. Die Abgabe müsste zurückerstattet werden, indem bessere Ausbringungstechniken und die Verbesserung des nicht-chemischen Pflanzenschutzes subventioniert werden.

Nachhaltigkeit beachten

Zum Grenzschutzabbau um 30% bis 50%, wie er neben dem Perspektivendreieck in der Gesamtschau als Ziel formuliert ist, hielt Bossard bereits im «Bioaktuell» fest: «Eine schnelle Öffnung gegenüber den ausländi-

schen Märkten ist von Bio Suisse und Agrarallianz nicht gewünscht.» Die Vorschläge des Bundesrates seien die Antwort auf die Interessen eines Teils der Schweizer Wirtschaft, welcher stark auf offene Grenzen angewiesen sei. Laut Bossard ist in der Gesamtschau offengeblieben, wie der Bundesrat gewährleisten wolle, dass bei Verhandlungen um neue Freihandelsabkommen sichergestellt ist, dass diese «zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen». Das müssen die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen nämlich seit dem Ja des Volkes zum Verfassungsartikel über Ernährungssicherheit am 24. September 2017. Die Agrarallianz fordert deshalb, dass die WAK-N nächste Woche vom Bundesrat einen Zusatzbericht zu dieser Frage einfordert.

VISION DER ALLIANZ

Die Vision der Agrarallianz ist eine «vielfältige Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft mit vielfältigen Betrieben. Sie erbringt in fairer Zusammenarbeit Leistungen und stellt Produkte von hoher Qualität her. Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft wird international als Nachhaltigkeits-Leaderin anerkannt und behauptet ihre Stellung auf attraktiven Märkten im In- und Ausland.» sal